

Internationale Persönlichkeiten fordern Freilassung kranker Gefangener in der Türkei

In einem Brief an Ministerpräsident R.T. Erdoğan und Justizminister Bekir Bozdağ haben weltweit Hunderte, darunter Intellektuelle, PolitikerInnen und KünstlerInnen, die Freilassung kranker Gefangener in türkischen Gefängnissen gefordert.

Zu den UnterzeichnerInnen gehören unter anderem Prof. Noam Chomsky, Prof. Immanuel Wallerstein, Desmond Tutu, Selahattin Demirtaş, Ko-Vorsitzender der Partei für Frieden und Demokratie, Oscar Olivera, Europaabgeordnete, die britischen Menschenrechtsanwälte Frances Webber, Margaret Owen OBE, Gareth Peirce, Louise Christian, die Sinn-Fein-Abgeordneten Pat Sheehan und Conor Murphy, der Philosoph und ehemalige ungarische Abgeordnete G. M. Tamás und der katholische Bischof Jacques Gaillot. In dem Brief heben die UnterzeichnerInnen hervor, dass es „nach Berichten des Menschenrechtsvereins (IHD) und der Menschenrechtsstiftung (TIHV) in türkischen Gefängnissen 544 schwerkranke Gefangene gibt, von denen 163 in einem lebensbedrohlichen Zustand sind. Der

Justizminister bestätigte erst kürzlich, dass in den letzten 13 Jahren 2300 Gefangene gestorben sind“.

Sie weisen darauf hin, dass die Haftbedingungen in türkischen Gefängnissen „im Allgemeinen extrem unmenschlich“ seien und erinnern daran, dass sich die Chancen kranker Gefangener auf Haftentlassung nach der letzten Änderung des Haftvollzugsgesetzes vom Januar 2013 sogar noch verschlechtert hätten. Politische Gefangene mit gesundheitlichen Problemen hätten faktisch keine Chance auf Haftentlassung, da sie nach den umstrittenen Antiterrorgesetzen angeklagt würden.

Gemäß dieser Rechtsprechung können politische Gefangene als Gefahr für die öffentliche Sicherheit bezeichnet werden, was ihre Freilassung verhindere. Zudem legt das im Januar 2013 beschlossene Vollzugsgesetz fest, dass gerichtsmedizinische Institute entscheiden, ob Gefangene entlassen werden. Diese Institute seine jedoch für ihre politische Voreingenommenheit bekannt. „Der Menschenrechtsverein, Anwaltskammern und Ärztekammer (TBB) haben diese Praxis

verurteilt und OppositionspolitikerInnen haben entsprechende Gesetzesänderungsanträge vorgelegt, sie wurden jedoch bis jetzt nicht angenommen“, heißt es in dem Brief.

Die Inhaftierung und Misshandlung todkranker Gefangener verletze das „Recht auf Leben“ und das „Folterverbot“, welche in der Europäischen Menschenrechtskonvention verankert seien. Die unmenschlichen Bedingungen in türkischen Gefängnissen müssten verbessert werden. Menschenrechtsverletzungen seien nicht hinnehmbar. Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (ECHR) habe die Türkei in vielen Fällen verurteilt.

Die UnterzeichnerInnen fordern Ministerpräsident R.T. Erdoğan und Justizminister Bekir Bozdağ dazu auf, in einem ersten Schritt „alle erdenklichen Maßnahmen zu ergreifen, welche die Freilassung der todkranken Gefangenen in der Türkei sicherstellen“.

DbG, 10.4.

Die Liste der UnterzeichnerInnen findet ihr auf dem Blog: demokratiehinterguerten.blogspot.de

Türkische Regierung plant(e) Überfall auf Syrien

Eine Bewertung von Cevka Azad – Kurdisches Zentrum für Öffentlichkeitsarbeit e.V., 01.04.2014

Auf youtube wurde am 27. März ein Video veröffentlicht, das einen Mitschnitt eines Gesprächs auf Ebene der türkischen Regierung wiedergibt. Zu hören sind Außenminister Ahmet Davutoğlu, Geheimdienstchef Hakan Fidan, Unterstaatssekretär Feridun Hadi Sinirlioglu und der stellvertretende Armeechef Yasar Güler. Die Beteiligten berieten, wie man eine inszenierte Operation in Syrien durchführen könnte, um eine Rechtfertigung für einen Krieg zu haben. Sie erwogen, Anschläge auf Grabstätten durchführen oder türkische Agenten von syrischem Boden

aus Raketen auf türkisches Territorium feuern zu lassen.

Geheimdienstchef Fidan sagte wörtlich: „Wenn es nötig ist, kann ich vier Männer nach Syrien schicken und acht Raketen auf die Türkei abfeuern lassen, um einen Kriegsgrund zu schaffen. Wenn nötig, kann auch ein Angriff auf die Grabstätte erfolgen.“

Außenminister Ahmet Davutoğlu bekräftigte, dass Regierungschef Erdogan in der momentanen Situation einen Angriff auf Grabstätten nahe der syrischen Stadt Aleppo, die aus historischen Gründen als türkisches Territorium gelten und von türkischen Elitesoldaten bewacht werden, als zu begrüßendes Szenario sehen würde, um einen Angriff zu rechtfertigen.

Von führenden Politikern und Geheimdienstlern eines NATO-Mitglieds wurde diskutiert einen selbst geschaffenen Vorwand für einen Angriffskrieg auf Syrien zu schaffen. In der Türkei sind auch deutsche Patriot-Raketen stationiert. Auf den ersten Blick ist verwunderlich, dass in den deutschen Medien hauptsächlich über die Sperrung von youtube, nicht jedoch über die Hintergründe der Sperrung und der aggressiven Politik der Türkei berichtet wird. Vielfach wurde zudem die Authentizität des youtube Videos in Frage gestellt, obwohl Premierminister Erdogan die Echtheit nicht in Frage stellte, sondern lediglich von einer verzerrten Berichterstattung sprach.

Für die Regierung der Türkei geht es in Syrien hauptsächlich

Meldungen:

KDP baut Grenzgraben zu Rojava

Nachdem die südkurdische KDP seit Mai 2013 den Grenzübergang Sêmalka zu Rojava geschlossen gehalten und sich somit am Embargo gegenüber der Bevölkerung von Rojava beteiligt hatte, hat sie nun die Brücke über den Tigris am Grenzübergang Sêmalka und begonnen, einen Graben am Grenzverlauf zu errichten. Mit dem Abbau der Brücke hat die KDP außerdem die Fahne der südkurdischen Regionalregierung abgenommen und ihre Parteifahne gehisst.

Infolge des Brückenabbaus und dem Bau des Grenzgrabens kommt es seit dem 9. April auf der westkurdischen Seite der Grenze zu Protesten gegen die KDP und Barzanis Politik gegenüber Rojava. Hunderte Jugendliche protestierten am 9. April direkt an der Grenze. Die Peshmergkräfte der KDP eröffneten von der südkurdischen Seite der Grenze das Feuer auf die Demonstranten und verletzten dabei einen achtzehnjährigen Demonstranten. Auf die Schüsse der Peshmerge reagierten aufgebracht Jugendliche mit Steinwürfen.

Auch am Folgetag begaben sich ab der Mittagszeit tausende Menschen aus Rojava zur südkurdischen Grenze bei Derik. Auf der gegenüberliegenden Seite der Grenze haben sich währenddessen die Peshmerge mit schweren Waffen postiert. In einem ersten Statement verurteilte der Exekutivrat des westkurdischen Kantons Cizîrê den Abbau der Brücke und die Errichtung eines Grenzgrabens. In einer schriftlichen Erklärung vom 10. April macht der Exekutivrat Cizîrê deutlich, dass für die eingeleiteten Schritte an der Grenze allein die KDP unter dem Vorsitz von Barzani verantwortlich sei. Auch habe sich die KDP für den Angriff auf die Demonstranten am 9. April gegenüber der Bevölkerung von Rojava zu entschuldigen. Die Ziehung des Grenzgrabens unterscheide sich nicht von der Grenzpolitik der Türkei und sei eine Fortsetzung der Embargopolitik gegen die Bevölkerung von Rojava.

(ANF, 10.4., ISKU)

Tausende protestieren gegen türkisches Militär in Cölemêrg
Die BDP von Cölemêrg (Hakkari) hatte für den 7. April zum Protest am Fuß des Berges Kato gegen den weiteren Ausbau von

→ Fortsetzung: Türkische Regierung plant(e) Überfall auf Syrien

darum, mit allen Mitteln zu verhindern, dass sich die selbstbestimmte demokratische Selbstverwaltung der KurdInnen in den Kantonen Kobanê, Efrîn und Cizîre stabilisiert. Bereits als der Partei der Demokratischen Union (PYD) nahestehende KurdInnen begonnen haben Gebiete in Rojava (Nordsyrien) zu befreien und diese gemeinsam mit dort lebenden ArmenierInnen, AraberInnen und ChristInnen selbst zu verwalten, löste das Panik in Ankara aus. Die türkische Regierung begann damit, die bewaffnete syrische Opposition noch umfangreicher zu unterstützen – darunter auch Al-Qaida-Gruppen. Dschihadisten aus aller Welt sammelten sich in der Türkei und drangen über die Grenze nach Syrien ein. Dafür bekamen sie in der Türkei Waffen, logistische Unterstützung und Rückzugsräume.

In dem oben genannten Video ist von hunderten LKWs die Rede, die mit Waffen und Munition nach Syrien geschickt worden sind. Belege für die türkische Unterstützung dschihadistischer Milizen von Al Qaida, vor allem Al Nusra und ISIS, sind durch etliche Zeugenaussagen und Kameraaufnahmen dokumentiert. Einige belegen, dass über die Grenze bei Ceylanpinar diese Gruppen, allen voran Al Nusra, mit Panzern, Militärfahrzeugen und tausenden Dschihadisten von der Türkei nach Rojava vordringen.

ISIS und Al Nusra errichteten bis zur Befreiung von ganz Serê Kaniyê eine Schreckensherrschaft im westlichen Teil der Stadt. Dabei kooperierten die beiden Gruppen sehr eng, was von Delegationen dokumentierte gemeinsam ausgestellte Vorladungen von Al Nusra und ISIS belegen. Deutlich wurde hierbei das Schweigen des Westens. Während in Mali, Afghanistan, Pakistan und vielen anderen Orten der Welt von NATO-Staaten der „Krieg gegen den Terror“ geführt wird und Tausenden das Leben kostet, marschieren im NATO-Staat Türkei, quasi unter den Augen der 50 km entfernt stationierten Bundeswehr-Truppen, unter der Fahne von Al Qaida Dschihadisten über die syrische Grenze und verüben schwerste Kriegsverbrechen an der Zivilbevölkerung. Seit dem 16. Juli 2013 verschärften diese ihren Krieg gegen die Selbstverwalteten Regionen in Rojava.

Die Unterstützung der Dschihadisten durch die Türkei, die nach Aussagen von gefangenen Mitgliedern islamistischer Gruppen sogar Ausbildungslager für diese Gruppen auf türkischem Staatsgebiet unterhält, reißt nicht ab, und das, obwohl ISIS

nun offiziell als Grund für einen Einmarsch in Rojava dienen soll. Der Abschuss eines syrischen Flugzeugs im März durch die Türkei fand ebenfalls statt, als dieses gegen Stellungen der Dschihadisten vorging und scheint, wie die medizinische Versorgung verwundeter Mitglieder dieser Gruppen, Teil der Unterstützung zu sein. Interessant ist aktuell in diesem Kontext zu sehen, dass zur gleichen Zeit in den türkischen Medien diese Gruppen als Interventionsgrund aufgebaut werden, als Teil einer Strategie der türkischen Regierung.

Wichtig ist ebenso zu bewerten, dass diese Gruppen auch in der Autonomen Region Kurdistan (KRG) Anschläge verüben, und trotzdem wird sowohl von Seiten der regierenden KDP (Demokratische Partei Kurdistan) und im Besonderen der ihr nahestehenden im ENKS (Kurdische Nationalrat von Syrien) organisierten syrisch kurdischen Kräfte eine Zusammenarbeit mit den dschihadistischen Banden in Syrien gesucht. So gaben Einheiten der zum ENKS gehörigen Azadi Partei von Mustafa Cuma der ISIS militärische Hilfe bei einem schweren Angriff auf die selbstverwalteten Regionen in Rojava. Dabei starben über 40 KämpferInnen der YPG, über 20 Dörfer wurden entvölkert. Da die Politik der KRG von den politischen Vorgaben der NATO und vor allem auch der Türkei abhängig ist, muss diese Kollaboration in diesen Zusammenhang gebracht werden.

Ohne Zweifel sind jedoch weder ISIS noch Al Nusra nur als Bodentruppen der Türkei zu denken. Die Bewaffnung und Unterstützung dieser Gruppen wird wie ein Bumerang in die Türkei zurückkehren wie am 20. März mit dem Angriff in der Provinz Nigde in Zentralanatolien zu sehen war, wo zwei Polizisten und ein Lastwagenfahrer erschossen wurden, zu sehen war. Sie folgen derselben Logik wie die der USA mit ihrer Unterstützung Bin Ladens gegen die UDSSR in Afghanistan und werden der Türkei, wie auch den westlichen Staaten auf die Füße fallen. In dieser Hinsicht sind Aktionen von ISIS im Irak zu interpretieren. So sind die selbst aufgebauten dschihadistischen Gruppen immer auch als eine mögliche Legitimation für einen Angriff auf Rojava und einer Umsetzung von Erdogans neosmanischen Plänen im Mittleren Osten zu betrachten. Seit mehreren Wochen halten nun die Angriffe der islamistischen Kämpfer der Gruppe Islamischer Staat im Irak und Syrien (ISIS) auf den im Norden

Syriens gelegenen westkurdischen Kanton Kobanê an. Bei den Auseinandersetzungen mit den kurdischen Volksverteidigungseinheiten (YPG) hat es bereits Hunderte Tote gegeben. Die Partei der Demokratischen Union PYD geht davon aus, dass die Islamisten der ISIS versuchen, die Verbindungen zwischen den drei kurdischen Kantonen Kobanê, Efrîn und Cizîre zu trennen. Wird seitens der westlichen Staaten weiterhin auf militärische Lösung und Instabilität gesetzt, soll der ohnehin chaotische Zustand in der Region durch Schüren von Gewalt und Krieg noch weiter vertieft werden. Ist es den Herrschenden in Europa und den USA recht, dass die Türkei derart aggressiv und mit völkerrechtswidrigen und menschenverachtenden Methoden eskaliert. Stehen die von der kurdischen Bevölkerung errichteten Selbstverwaltungsstrukturen als Rollenmodell einer selbstbestimmten und gleichberechtigten Demokratisierung bei der geplanten Neuaufteilung des Mittleren Ostens im Weg? Lässt sich so auch erklären, dass die Grenzsicherungen rund um Rojava (Nordsyrien), die einem Embargo für Lebensmittel, Öl, Gas und Medikamente gleichkommen, in vollem Wissen geduldet werden?

Die Erklärung für die beschriebene Situation und die einseitige und gleichgeschaltete Wertungslogik und die damit zusammenhängende Desinformation ist eigentlich recht einfach. Es geht um geostrategische Interessen der EU, der USA und der NATO im Mittleren Osten und bei der Neuaufteilung weltweiter Machtverhältnisse. In den USA wurde die „westliche“ Unterstützung des Putsches in der Ukraine von mehreren führenden PolitikerInnen auch als gelungene Rache für das Veto Russlands in der UN gegen weitergehende Sanktionen und somit Interventionsvorbereitungen gegen Syrien gewertet. In Jugoslawien und in Libyen wurde schon ähnlich gehandelt.

Die Ereignisse können nicht getrennt voneinander betrachtet und verstanden werden. Deshalb wird auch der eigentlich ungeheuerliche Vorgang des Gesprächs auf dem Video bei youtube nicht angemessen gewertet und erst recht nicht angemessen darauf reagiert. Müsste bei solch einer kriegstreiberischen Praxis durch die Türkei eine sofortige Aufkündigung der Zusammenarbeit seitens der EU und der NATO mit der Türkei nicht eigentlich das Mindeste sein?

Militärstationen des türkischen Militärs aufgerufen. Der Bau der neuen Militärstation auf dem Gipfel des Berges Mesken Berg, ebenfalls in der Region, hat begonnen.

Außerdem nahm in der letzten Zeit die Präsenz der Militärs auf der Straße zwischen Colemêrg und Çelê deutlich zu. Die Einwohner befürchten, dass das Militär sich für einen Großeinsatz rüstet, den sie verhindern wollen. So versammelten sich am Montag tausende Demonstranten am Fuße des Kato in der Nähe des Dorfes Uzumcû. Als die DemonstrantInnen versuchten, die Bergstraße hochzugehen, versuchte das Militär sie mit Tränengas und Gummigeschossen zu stoppen. Einige Personen wurden durch den Angriff so stark verletzt, dass sie im Krankenhaus behandelt werden mussten.

Als Reaktion auf die Angriffe haben sich immer mehr Menschen dem Protest angeschlossen. Die Lage bleibt weiterhin angespannt. Rund um die lokalen Militärstationen wurden Panzerfahrzeuge und Spezialkräfte zusammengezogen.

(ANF 7.4., ISKU)

31 Gefangene in KCK-Verfahren von Bağlar entlassen

In dem Verfahren gegen 95 kurdische PolitikerInnen, das 2011 im Bezirk Bağlar (Diyarbakir) eröffnet wurde, sind alle 31 Gefangenen entlassen worden. Nach der Abschaffung der Sondergerichte wurde die Verfahrensakte von der Staatsanwaltschaft an das 1. Hohe Strafgerichtshof von Diyarbakir übermittelt, das die Freilassung der Inhaftierten verfügte.

Die Namen der Freigelassenen sind: Bedia Alkaya und Gülşen Çelik (E-Typ-Gefängnis Siirt), Aynur Coşkun und Emek Yazbaşı (E-Typ-Gefängnis Diyarbakir), Ahmet Demir und Abdullatif İpek (F-Typ-Gefängnis Bolu) und Abdullah Dışlı (D-Typ-Gefängnis Diyarbakir).

(ANF 5.4., DhG)

Quellen:

ANF	Firat Nachrichtenagentur
DhG	Demokratie hinter Gittern

N û ç e

erscheint wöchentlich und kann in gewünschter Stückzahl gegen Übersendung des Portos bei der ISKU

Spaldingstr. 130-136

20097 Hamburg

Tel.: 040 - 421 02 845

E-mail: isku@nadir.org
bestellt werden.

Spenden auf unser Konto:

Postbank Köln, BLZ 37010050

Konto-Nr.: 3968-506

Weitere Informationen und einen täglichen Pressespiegel findet Ihr im Internet unter:

www.isku.org